



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/35 - 21. Februar 1957
Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-38
Fernschreiber 0886890

Bonn und Moskau	S. 1
Vor einer Wende der italienischen Politik ?	S. 2
Erste Machtprobe für die Macmillan-Regierung	S. 3
Das "Echo der Zeit" und die Bundestagswahlen	S. 6
Jakob Steffan gestorben	S. 8

Mahnung an ein Bonner Versprechen

sp - Die Bemerkung des Bundeskanzlers auf seiner letzten Pressekonferenz, eine Wende in der internationalen Politik sei wahrscheinlich, steht in keinem Zusammenhang mit der persönlichen Botschaft Bulgarins, die ihm am gleichen Tage von sowjetischen Botschafter Smirnow unmittelbar nach seiner Rückkehr nach Bonn überreicht wurde. Dies ist wohl das einzig Sichere, das sich zur Stunde über diese Botschaft des sowjetrussischen Regierungschefs sagen lässt. Enthielte sie wirklich grundlegend Neues, etwa eine ausgesprochene Bereitschaft des Kreml, die Deutschlandfrage auf die Tagesordnung einer neuen Viererkonferenz zu setzen, hätte wohl der Kanzler nicht eine Minute lang gezögert, solche frohe Kunde als Beweis für die Richtigkeit seiner Politik auf eine gespannte deutsche Öffentlichkeit loszulassen. Er war ja in früheren Fällen recht schnell in der Beurteilung sowjetischer Worten. Diesmal hüllt sich die Bundesregierung in geheimnisvolles Schweigen.

Kun, was inzwischen aus den verschiedensten Kanälen über den mutmasslichen Inhalt des 400 Schreibmaschinenzeilen umfassenden Dokumentes durchgesickert ist, enthält zwar keine, wie auch schon der ausserpolitische Experte der CDU, Kiesinger, verlauten liess, Sensationen, wohl aber in seinem Kernstück den erneuten, auch schon in der Vergangenheit wiederholten Wunsch nach Abschluss eines Handelsvertrages zwischen Bonn und Moskau. Bei der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion war der Abschluss

17/17/55

eines solchen Handelsvertrages, auf den die Russen aus den verschiedensten Gründen sehr viel Wert legen, vereinbart worden, Keiner der damaligen Hauptbeteiligten ahnte wohl, als sie sich bei der Romeo- und Julia-Aufführung im Bolschoi-Theater in den Armen lagen, dass gerade diese Frage in der Folgezeit sich als das grösste Hemmnis für eine Normalisierung der Beziehungen erweisen würde. Die Russen betrachten einen Handelsvertrag als eine Voraussetzung für Fortschritte in der Deutschlandfrage, die Bonner Regierung wiederum hat zwar nichts gegen eine Ausweitung der Handelsbeziehungen, möchte ihnen aber vorerst keine vertragliche Form geben. Was Moskau zu Beginn eines deutsch-russischen Dialoges zu sehen wünscht, will Bonn erst am Ende sehen - eine mehr als merkwürdige Auffassung, weil sie die grundlegende Tatsache übersieht, dass der Abschluss eines Handelsvertrages und seine loyale Erfüllung von beiden Seiten jenes Klima mit herbeiführen muss, in dem Verhandlungen über Deutschlands Wiedervereinigung gedeihen können.

Das unverständliche Bonner Zögern kann im Endeffekt dem latenten russischen Misstrauen nur neue Nahrung geben. Gewiss ist es der Förderung späterer Gespräche nicht dienlich. Es ist - auf diesem Gebiet der Handelsbeziehungen - eine Abart jener Politik der militärischen Stärke, deren Sinnlosigkeit im Atomzeitalter sogar in einem lichteren Moment der Bundeskanzler selbst verkündet hat. Ist dies der Bonner Beitrag zum Klima der Entspannung?

+ + +

Ein guter Start für die SPD

Die letzte ausserpolitische Debatte, die in geradezu tragischer Weise die Ausweglosigkeit der Regierung in der Frage der Wiedervereinigung enthüllte, fand in der Weltpresse eine ungewöhnlich starke Resonanz. Das "Time-Magazin" vom 11. Februar schrieb:

Kurt Kiesinger, CDU-Mann und Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Auswärtige Angelegenheiten, empfahl über 1 1/2 Stunden hinweg die "Tuchföhlung" mit den USA, jene Politik also, die 4 Jahre zuvor die Adenauer-Partei zu ihrem überwältigenden Wahlsieg führte.

Während dieser Zeit sass der 51-jährige Kanzler Konrad Adenauer wie versteinert auf der vordersten Bank... Seine engsten Gehilfen sind bekümmert über die als Wahlschluger herausgeputzten Forderungen nach einer Verurteilung der H-Bomber-Versuche und einer stärkeren Beachtung des sowjetischen Versprechens, Truppen aus Mitteleuropa abzuziehen... Adenauer über ihre furchtsamen, vagen Anspielungen aufgebrächt, weigerte sich, auch nur das Geringste mit ihrer Debatte zu tun zu haben. Während die Christdemokraten mit Attacken ihre Verwirrung zu überdecken suchten, landeten die Sozialisten an diesem Punkt ihren Überraschungsschlag... Die Sozialisten, die nach den letzten Ergebnissen der Meinungsforschung mit 1-2 Punkten führten, hatten einen guten Start bekommen... - 2 -

Fubel um Nenni

sp. Die auf dem Parteitag der Nenni-Sozialisten - auch Linksozialisten genannt - nahezu einstimmig gefassten Beschlüsse sind nicht nur für die innerpolitische Entwicklung Italiens bedeutsam. Auch aussenpolitisch haben sie ein Gewicht, das unter Umständen zahlreiche Aspekte der europäischen Politik verändern kann.

Seit 1944 bestand zwischen der sozialistischen und der kommunistischen Partei Italiens eine Aktionsgemeinschaft, die sich in allen entscheidenden Fragen der nationalen und internationalen Politik auswirkte. Nenni und Fogliarini galten vorübergehend sogar als eng befreundet und entwickelten über ihre persönliche Freundschaft hinaus eine politische Aktivität der von ihnen geführten Parteien, die zeitweise zu der Vermutung Anlass geben konnte, Kommunisten und Linksozialisten würden bald nicht mehr voneinander zu unterscheiden sein. Als Nenni sogar den Stalin-Preis erhielt, schienen die Gerüchte über sein Abschwenken in das kommunistische Lager bestätigt zu sein. Aber schon nach dem 20. Parteikongress der russischen Kommunisten forderte Nenni mehr als nur ein Abrücken von der Person Stalins.

Der vitzale italienische Sozialistenführer zögerte dann im Augenblick der militärischen Intervention der Sowjetunion in Ungarn keinen Augenblick, Moskau öffentlich zu verdammen. Da er ein Praktiker der Politik ist, berechnete Nenni nach seinen theoretischen Abrücken von den Kommunisten auch gleich praktisch die Trennung von ihnen und damit die Einigung mit den italienischen Sozialdemokraten - der Partei Saragats und Matteotti - vor.

Auf dem jetzt abgeschlossenen Parteitag der Linksozialisten in Venedig entwickelte Nenni, von seinen Freunden begeistert applaudiert, in grossen Zügen folgendes Programm für seine Partei und damit auch für die von ihm als notwendig erachtete wiedervereinigte Sozialdemokratie. Er will eine Politik, die zwar zur Überwindung der "Militärblock-Ideologie" in Europa führt, gleichzeitig aber den wirtschaftlichen, kulturellen und allgemeinpolitischen Zusammenschluss der europäischen Staaten fördert. Dazu gehört die grundsätzliche Billigung des gemeinsamen europäischen Marktes sowie die Schaffung von EURATOM. Nenni will, dass ein vereintes Europa "nicht in erster Linie dem Grosskapital zugute

kommt, sondern den Lebensstandard des Arbeiters hebt."

Die Partei kennnt hat sich auf ihren Kongress in Venedig eindeutig und grundsätzlich zur politischen Demokratie bekannt und damit die entscheidende Voraussetzung für die Vereinigung mit der Sozialdemokratischen Partei und den Eintritt in die Sozialistische Internationale geschaffen. Der Kongress bekannte sich auch zur Einheitsgewerkschaft, die in einer Resolution als Fundament für die parteipolitisch neutrale Zusammenarbeit aller Arbeitnehmer bezeichnet wurde.

In wenigen Tagen findet nun der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Italiens statt. Saragat, der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, der bisher gegenüber den Einigungsbestrebungen mit den Menni-Sozialisten sehr skeptisch war, wird vor einer schweren Entscheidung stehen. Menni verlangt nämlich den Rücktritt der sozialdemokratischen Minister aus der Regierung des Christ-Demokraten Segni und die Vorberatung von Neuwahlen. Als Menni auf dem Parteitag in Venedig diese Möglichkeit andeutete, wurde er von zahlreichen Delegierten stürmisch mit dem Zuruf "Es lebe der neue Ministerpräsident!" begrüßt...

Die Situation in der Sozialdemokratischen Partei ist noch nicht ganz klar. Gelegentlich hört man, dass der enge Freundeskreis von Saragat befrechtet, die sofortige Verschmelzung mit der Menni-Partei könnte zu einer Überflutung der dann entstehenden neuen Sozialdemokratischen Partei durch kommunistenfreundliche Elemente führen. Menni soll eine solche Vermutung mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen haben und bereit sein, jede Garantie für die innere Demokratie der Partei zu übernehmen.

Wenn die italienischen Sozialdemokraten auf ihrem Parteitag der Vereinigung mit der Menni-Partei zustimmen, entsteht in Italien eine starke sozialistische Bewegung, die ihre Anziehungskraft auch auf die katholischen Arbeiter bei kommenden Wahlen ausüben wird. Der katholische Arbeiter hatte bisher in Italien eigentlich nur die Wahl, entweder kommunistisch oder christlich-demokratisch zu wählen, denn praktisch befanden sich die Sozialdemokraten ohne ausgeprägtes Profil im Sog der grossen christlich-demokratischen Partei. Das Entstehen einer neuen grossen Sozialdemokratischen Partei jenseit der italienischen Politik völlig neue Wege.

Es ist anzunehmen, dass der Patriarch von Venedig, Kardinal Erzbischof Rocchi, an diese Entwicklung gedacht hat, als er aus Anlass des Parteikongresses der Menni-Sozialisten in einem Hirtenbrief die Hoffnung aussprach, dass der für die unmittlere Zukunft Italiens so bedeutende Parteitag zu einem erfreulichsten Ergebnis gelangen möge.

Eine bedeutungsvolle Nachwahl

E. A. London

Am 14. Februar, dem St. Valentins's Tag, an dem jeder verliebte Engländer seiner Angebeteten eine Postkarte mit einem flammenden Herzen anonym durch die Post auf den Frühstückstisch beschert, werden 53 864 Wähler einen bedeutenden Urteilspruch über die Macmillan-Regierung abgeben. Die Unterhausnachwahl in dem Südlondoner Stadtteil North-Lewisham kann entweder bestätigen, dass die Konservativen trotz Suez und ihrer reaktionären Innenpolitik noch fest im Sattel sitzen, oder sie wird der Anfang des Abbröckelns der Torymehrheit und das Vorzeichen ihrer politischen Eklipse sein.

Allerdings Suez spielt heute bei der Nachwahl nur eine untergeordnete Rolle, obwohl Miss Leslie Greene, aus dem rechteradikalen Lager der Empire Loyalisten, aus dem Suezfiasko ihre Argumente gegen Labour und gegen den offiziellen konservativen Kandidaten, Norman Farmer, zu schöpfen sucht. Die Masse der Wähler hat unter das Suezabenteuer einen Strich gezogen. Zudem entscheiden in England gewöhnlich andere als aussenpolitische Fragen die Stimmgabe. Der Wahlkampf in Lewisham steht in Zeichen der Aufhebung des Mieterschutzes und der schrittweisen Aufhebung der Mietkontrollen, einer Gesetzesvorlage, die zur Zeit von der Regierung im Unterhaus durchgepeitscht wird.

Barometer für allgemeine Stimmung

North-Lewisham stellt ein gutes Barometer für die allgemeine Stimmung in ganz England dar. Es ist ein sogenannter marginaler Wahlkreis, in dem sich Konservative und Sozialisten ungefähr die Waage halten. Bei den letzten Unterhauswahlen hatte der konservative Kandidat eine Mehrheit von 3 200 Stimmen. Die Einwohnerschaft setzt sich paritätisch aus Mittelstand und Arbeiterschaft zusammen, deren Arbeitsplätze irgendwo in der Riesenstadt London liegen.

Alle Haushalte in Lewisham werden durch die Aufhebung von Mieterschutz und Mietkontrollen betroffen, die einen weniger hart, die anderen mit aller Schärfe. Der Labourkandidat, Kiall MacDermot stellt daher die konservative Mietspolitik in den Mittelpunkt seiner Argumentation. Der konservative Kandidat, Mister Norman Farmer, beschränkt sich mit vagen Anspielungen, dass er persönlich Änderungen in dem Gesetzesvorschlag begünstige und insbesondere eine zeitweise - 5 -

Verlängerung des Mieterschutzes befürwortet werde. Aber einer klaren Stellungnahme zu allen Einzelpunkten der Gesetzesvorlage weicht er aus.

Es gibt eine tiefgeföhlte Unzufriedenheit in diesem typischen Londoner Stadtteil, teils wegen der zu erwartenden Mietsteigerungen, teils wegen der Aussicht, von den Hausbesitzern nach Verabschiedung des Mietengesetzes nach sechsmonatlicher Kündigung vor die Tür gesetzt werden zu können. Die Altersrentner murren wegen der von den Konservativen auferlegten Kostenbeiträge zum Gesundheitsdienst. Alle, besonders die Arbeiterfamilien, föhlen die Folgen der inneren Preisinflation. Das sind genügend Gründe, um Norman Farnan in Besorgnis zu versetzen. Aber er hat noch einen anderen Grund zu Befürchtungen.

Konservative Rebellen

Während ihn Labour von links zusetzt, wird er von rechts durch Miss Greene's Propaganda in die Enge getrieben. Als Empire-Loyalistin, also rechtsradikale Konservative, übt sie bittere Kritik an der Unfähigkeit der Edenregierung und ihrer Nachfolgerin, weil sie die britisch-imperialen Interessen durch ihren Rückzug aus der Suezaffaire geschädigt hätten. Das Gefühl, dass, wenn man nur energisch genug zu- und durchgegriffen hätte, die britisch-französische Intervention zu einem Erfolg hätte föhren können, ist in konservativen Kreisen ziemlich stark. In allen Kreisen aber bedauert man, dass die Vereinten Nationen unnachgiebig Grossbritannien und Israel gegenüber, aber schwach gegenüber Nassers Erpressermethoden gehandelt haben. Das mag Miss Greene einige hundert Wähler zuföhren, die der Konservative Norman Farnan zu seinem Wahlsieg dringend benötigt.

Die Kritik von rechts aber mag noch eine andere Wirkung hervorbringen. Viele Torywähler mögen verstimmt mit der Innen- und Aussenpolitik ihrer Partei am 14. Februar zu Hause bleiben, anstatt an die Wahlurne zu gehen. Dann aber würde nur ein kleiner Perdeschwung nach links genügen, um der Macmillan Regierung ein deutliches Misstrauensvotum auszusprechen; die Wähler in Ford-Lewisham können darüber entscheiden, ob die Konservativen, so wie sie es beabsichtigen, noch drei Jahre unbekümmert an der Macht sein werden, oder ob sie trotz aller grosser Gesten, ähnlich wie in Port Said, vor der Volksstimmung zum Rückzug klagen müssen.

Wider die verfälschte Alternative

Von Maria Meyer-Sevenich, MdL.

Allenthalben besegnet man nun wieder den Versuch des politischen Katholizismus, die Alternative der Wahlentscheidung vom September 1957 zu verfälschen. Dem Gläubigen vorzutäuschen, es handle sich bei der Bundestagswahl nicht um eine politische Entscheidung, sondern um eine solche religiöser Natur: für oder wider Christus bzw. "das Christentum". Rund 200 katholische Kirchenblätter mit einer Auflage von weit über 7 1/2 Millionen wetteifern in dem Bemühen, zwischen Sozialismus und Christentum eine Kluft aufzureissen; im Dienste der "christlichen" Partei, der CDU/CSU.

Selbst das "Echo der Zeit", das höchst offiziöse Organ der Fuldaer Bischofskonferenz, bringt in der Nummer vom 10. Februar 1957 auf der ersten Seite und gross aufgemacht einen Artikel des stellvertretenden Chefredakteurs J.O. Zöllner: "SPD und Kirchen", - wohl-gemerkt: Kirchen! - dessen Schlussfolgerung lautet:

"Die nicht der gute Wille der Deutschen Sozialisten durch politische Handlungen bewiesen ist, könne jeder Versuch eines Gespräches zwischen der SPD und den Kirchen - für Kirche und Sozialismus - in den Geruch des Opportunismus. Deswegen kann von einer Verständigung der beiden Fronten gegenwärtig noch nicht gesprochen werden".

"Mann in der Zeit", Februar 1957, spricht - in Abwandlung des theologischen Begriffes der "himelstreichenden Sünde" - von der "himelstreichenden Dummheit", die immer wieder Ursache dafür sei, dass die SPD gewählt wird. Dagegen gelte es "die Wahrheit" ins Volk zu schreien!

"Anderenfalls beginnt eine gesamtdeutsche Nacht in einem rot vereinigten Europa ohne Ende".

Natürlich ist diese "Wahrheit" dem Referentenmaterial der CDU/CSU zu entnehmen. Immerhin heisst es im Impressum von "Mann in der Zeit": "Herausgegeben im Auftrag der deutschen Bischöfe".

Das erste Problem, das durch diesen neuerlichen Vorstoss gegen die SPD aufgeworfen wird, betrifft vornehmlich die evangelische Kirchenführung. Man weiss, dass sie sich seit Jahr und Tag redlich

11. 2. 1957

und mit Erfolg darum bemüht, mit allen politischen Kräftegruppen unseres Volkes ins Gespräch zu kommen, bzw. mit ihnen im Gespräch zu bleiben. Nicht zuletzt, um das stetige Miteinander von christlicher Kirche und demokratischem Staat zu sichern, wie immer die wechselnden politischen Entscheidungen des Staatsbürgers aussehen. Das geschieht zu jeder Zeit und ohne Furcht davor, in den "Geruch des Opportunismus" zu kommen. Indem nun aber Kräfte des politischen Katholizismus die "Glaubensfront" zwischen CDU/CSU und SPD aufzureißen suchen, bekommt notwendigerweise nicht nur der politische Kampf einen religiösen Akzent, sondern für sehr viele umgekehrt auch das religiöse Anliegen "des Christentums" einen politischen, um nicht zu sagen parteipolitischen Akzent. Mit allen nur denkbaren bösen Folgen, die wir aus der Geschichte des Christentums ^{und} der katholischen Kirche zuach nur allzu gut kennen.

Wenn es wirklich eine religiös fundierte, politische Frontlinie in der Bundesrepublik Deutschland gäbe, auf deren einer Seite "die Christen" für "das Christentum" und "die Kirchen" kämpfer, dann wäre in der Tat das Wort des Herrn am Platze: "Wer nicht für mich ist, der ist wider mich". Man hört es gelegentlich auch, aber doch nur in innersten Bereich der katholischer Ghetto-Bauern; gewissermassen für den Hausgebrauch. Denn wer wollte sonst die Konsequenzen auf sich nehmen? In der glanzvollsten Stunde, am 6. September 1953, erhielt die CDU/CSU 45% der gültig abgegebenen Zweitstimmen. Bei einer Wahlbeteiligung von 86%. Man bekennen sich aber 96% unserer Bevölkerung zu einer der beiden christlichen Kirchen: sie sind zumindest kirchenamtlich "Christen". Das heisst, die CDU/CSU gewann in jener glorreichen ~~oder~~ glorreichen Schlachten etwa 37% der Stimmen aller "Christen". Wer wollte den Mut zur Konsequenz haben: also stimmten 63% aller kirchenamtlicher Christen am 6. September 1953 gegen "das Christentum"? Das wagt im Ernst niemand. Und noch viel weniger wird irgendjemand eine solche Analyse des Wahlergebnisses vom September 1957 wagen.

Eine letzte Frage muss in aller Offenheit gestellt werden. Man sagt, die Kirchen müßten es vermeiden, "in den Geruch des Opportunismus" zu kommen. Daher verbiete sich ein Gespräch mit der angeblich kirchenfeindlichen SPD - vor der Wahl. Nach der Wahl werde man dann

schon sehen. Könnten nicht zumindest jene Kräfte, die sich so eifrig bemühen, die "Glaubensfront" vor den Wahlen zu errichten, bei einer Regierung, an der die CDU/CSU beispielsweise nicht beteiligt ist, sehr viel eher in den "Geruch des Opportunismus" kommen, wenn man nach der Wahl mit ihr ins Gespräch zu kommen suchen sollte? Hat es so etwas nicht schon gegeben?

+ + +

Jakob Steffan gestorben

ep - In Alter von 68 Jahren starb in Mainz das Mitglied der Kontrollkommission der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der frühere Staatsminister von Rheinland-Pfalz, Jakob Steffan. Die SPD verliert mit Jakob Steffan eine ihrer markantesten Persönlichkeiten. Besonders in den schweren Jahren nach dem Zusammenbruch hat Jakob Steffan mit grosser Tatkraft und Umsicht als Regierungspräsident, Innen- und Sozialminister von Rheinland-Pfalz den Aufbau massgeblich beeinflusst.

Schon frühzeitig hatte sich Jakob Steffan zur Sozialdemokratie bekannt, war in den Hessischen Landtag und später in den Reichstag gewählt worden. 1933 wurde er sofort von den Nationalsozialisten verhaftet und musste lange Jahre im Konzentrationslager die Brutalitäten des NS-Regimes erdulden. Hier verband ihn eine enge Freundschaft mit Kurt Schumacher, die sich auch in den späteren Jahren bewährte. Trotz schwerer Gesundheitsschädigungen, die Steffan im Konzentrationslager erlitten hatte, stellte er sich nach dem Zusammenbruch sofort wieder zur Verfügung. Er wurde in die Kontrollkommission der SPD gewählt und übernahm zahlreiche öffentliche Ehrenämter, die ihn in die vorderste Reihe des Kampfes für ein demokratisches Deutschland stellten.

Die Sozialdemokratische Partei wird Jakob Steffan stets ein ehrendes Andenken bewahren.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel